



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 130. Ratssitzung vom 29. Januar 2025

4244. 2024/133

Postulat von Flurin Capaul (FDP), Pascal Lamprecht (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 27.03.2024:

Unentgeltliche oder kostengünstige Abgabe der nicht mehr benötigten Abfallsammelfahrzeuge und kommunalen Nutzfahrzeuge an Prishtina (Kosovo)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3021/2024): Die Stadt Zürich soll nicht mehr benötigte Abfallsammel- und Nutzfahrzeuge möglichst kostengünstig an Pristina in Kosovo abgeben. Relativ viele unserer Fahrzeuge werden ersetzt oder elektrifiziert. Als Präzedenzfall dient die Stadt Winnyzja in der Ukraine, in der heute mehrere nicht mehr benötigte Trams der Verkehrsbetriebe (VBZ) fahren. Die Abfallentsorgung in der Gegend von Pristina befindet sich nicht auf unserem Niveau. Teilweise wird der Abfall liegen gelassen oder in einem Hinterhof verbrannt. Wenn dieser Abfall mit einem Dieselfahrzeug eingesammelt und zentral entsorgt würde, wäre dies eine ökologische Verbesserung. Weshalb wir die Abgabe an Pristina vorschlagen, ist einfach: Sie haben gefragt. Vor knapp eineinhalb Jahren haben wir eine Studienreise dorthin unternommen und den Vizepräsidenten der Stadtregierung, Alban Zogaj, getroffen. Er schilderte uns die Herausforderungen in Pristina; eine davon sind fehlende Lastwagen zur Abfallentsorgung. In Zürich existiert eine grosse Diaspora aus Kosovo und die unentgeltliche oder kostengünstige Fahrzeugabgabe wäre ein starkes Zeichen für dieses Zusammenleben und die Beziehung zwischen Schweiz und Kosovo.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. April 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Im Geschäft GR Nr. 2024/361 bekannte sich die Stadt zur Reduktion von 0,00003 Anteilen an den weltweiten CO₂-Emissionen. Unsere CO₂-Schleudern werden durch Batteriefahrzeuge ersetzt und nach Kosovo abgeschoben. Dort produzieren sie weiterhin CO₂, das Problem wird damit verschoben. Ausgerechnet der Bürgermeister von Pristina ist zudem in einen Korruptionsskandal verwickelt. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) schreibt: «Im Kosovo ist die Korruption weit verbreitet. Im Korruptionsindex 2015 belegt das Land unter den Ländern des Westbalkans den letzten Platz. Das gesamte System von den lokalen Regierungen und Verwaltungen bis zum Justiz- und Gesundheitssystem ist von korruptem Handeln betroffen.» Dieses System wollt ihr unterstützen.



Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Ich kann bestätigen, dass es sich bei Pristina um eine aufstrebende Stadt handelt. Wir finden es gut, wenn die Weitergabe der nicht mehr rentablen oder aufgrund des fossilen Antriebs ausgemusterten Nutzfahrzeuge geprüft wird. Die Reihenfolge und Zuständigkeit finden wir jedoch merkwürdig. Weshalb fragt Alban Zogaj die Stadt nicht selbst an? Weshalb soll ausgerechnet Pristina in den Genuss der Nutzfahrzeuge kommen? Die erwähnten Tramlieferungen nach Winnyzja kamen durch eine Anfrage der Verantwortlichen an die Stadt Zürich zustande, die das Ganze wiederum mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) koordinierte. Mich würde deshalb interessieren, ob STR Simone Brander eine Anfrage von Alban Zogaj erhielt. Falls dem so ist, können die Gespräche geführt und die Fahrzeuge nach Pristina weitergegeben werden. Um die Fahrzeuge nicht nur nach Pristina abzugeben, möchten wir ergänzen: «unentgeltlich oder kostengünstig an andere Städte abgegeben werden können.» Mit der Textänderung stimmen wir dem Postulat gerne zu.*

Pascal Lamprecht (SP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden: *Es geht um die Entscheidung, ob die alten Fahrzeuge weggeworfen oder weiter genutzt werden: Die Ökologie spricht klar für zweiteres. Die Textänderung nehmen wir nicht an, weil sie das Postulat verwässern würde. Andere aufstrebende Städte dürfen gern anfragen. Die Prüfung, an wen die Fahrzeuge noch gehen könnten, ist uns zu vage. Pristina hat kommuniziert, dass diese punktuelle Unterstützung sehr erwünscht ist. Es geht nicht um Entwicklungshilfe, sondern eine Stärkung der Infrastruktur. Die Partnerschaft zwischen Kosovo und Zürich wird informell rege gelebt und dürfte formell gestärkt werden.*

Samuel Balsiger (SVP): *In der Stadt Zürich erneuern wir die Entsorgungsflotte, beschaffen 69 elektrische Fahrzeuge und mustern die fossil betriebenen aus. Diese ins Ausland zu verschenken, wo sie weiterhin mit fossilem Brennstoff umherfahren und CO₂ ausstossen, ist frei jeglicher Logik. Sie sagen, es handle sich um eine globale Klimakrise. Sollte dem so sein, dürften Sie diese Emissionen in einem anderen Land nicht befürworten. Wenn man das Zitat des EDA hört, läuft es einem kalt den Rücken herunter. Das gesamte System ist von korruptem Handeln betroffen. Diesem Land wollen Sie nun unsere Steuergelder schenken. Wer diesem Postulat zustimmt, darf sich nie mehr gegen Parkplätze oder für Einschränkungen des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) aussprechen. Weshalb sollte in Pristina mit Benzin gefahren werden dürfen, aber nicht in Zürich?*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Der Lebenszyklus städtischer Fahrzeuge endet bisher mit dem Verkauf oder der Entsorgung. Der Verkauf erfolgt über eine Versteigerungsplattform. Die Ambulanzen gehen standardmässig ins Ausland. Trams gehören nicht dazu, unter anderem weil sie einen deutlich geringeren potenziellen Abnehmerkreis als Motorfahrzeuge haben. Die Stadt kann mit diesem Vorgehen einen marktgerechten Preis für die Stadt er-*



3 / 3

zielen und ist transparent. Dass Fahrzeuge direkt an gewisse Städte im Ausland abgegeben werden, noch dazu kostenlos, ist mit der heutigen Regelung ausgeschlossen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass dies grundsätzlich so bleiben soll. Er ist jedoch bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir können prüfen, ob für eine bestimmte Fahrzeugkategorie wie die Abfallsammeltrucks eine Ausnahme zum Gebührenrecht möglich ist.

Das Postulat wird mit 101 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat